



**CDU** KREISVERBAND  
HEILBRONN

# **Antragssammlung**

## **Allgemeine Anträge (A)**

**KREISPARTEITAG  
30. November 2019  
Bad Friedrichshall**

<b>ANTRAG A1</b>		<b>ANTRAGSTELLER: MARTIN H. LORENZ</b>	
Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen: das Bundesteilhabegesetz muss dringend überarbeitet werden.			
Begründung:  Es berücksichtigt in keinster Weise die Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung, sondern wurde als Instrument für Körperbehinderte und Rollstuhlfahrer geschaffen, die ihre Angelegenheiten selbst regeln können.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT	

<b>ANTRAG A2</b>		<b>ANTRAGSTELLER: MANUEL SCHÖB</b>	
<b>Email statt Brief auf Wunsch</b>			
Es wird beantragt, die Satzung des Kreisverbandes so anzupassen, dass Einladungen zu Parteitagungen auch auf elektronischem Weg (E-Mail) erfolgen können, wenn das stimmberechtigte Mitglied vorher schriftlich, auf elektronischem Weg (E-Mail) oder im Rahmen eines über das Internet durchgeführten Authorisierungsverfahrens darin einwilligt.			
<ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul>			
Begründung:			
Email			
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spart Kosten</li> <li>• Ist schneller als der Postweg</li> <li>• Ist umweltfreundlich</li> <li>• Ist für immer mehr Mitglieder das bevorzugte externe Kommunikationsmittel</li> </ul>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input type="radio"/> ANNAHME <input type="radio"/> ABLEHNUNG <input type="radio"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="radio"/> ERLEDIGT	

**Ehrenamt stärken – Gemeinnützigkeit von geschlechtsspezifischen Vereinen soll bleiben**

Der CDU Kreisverband Heilbronn beantragt, den Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz, reinen Männervereinen (per Satzung) die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, abzulehnen.

**Begründung:**

Vereine sind aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben in Deutschland, vor allem im ländlichen Raum, nicht wegzudenken. Sie erfüllen vielfältigste Funktionen und decken mit ihren Mitgliedern und Aktivitäten die komplette Breite der Gesellschaft ab.

Die meisten Vereine in Deutschland sind nicht wirtschaftlich orientiert und leben vor allem von Mitgliedsbeiträgen. Die Gemeinnützigkeit ist in der Abgabenordnung definiert für „eine Körperschaft [...] , wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Die Anzahl der gemeinnützigen, satzungsmäßigen reinen Männervereinen, die überwiegend von Spenden leben und/oder über €5000 Erträge pro Jahr ausweisen und damit vom Entzug der Gemeinnützigkeit getroffen werden würden, dürfte äußerst gering sein.

Trotzdem wäre das Signal fatal. Vereine, egal welcher Natur, werden von überwiegend ehrenamtlich engagierten Mitgliedern getragen. Dies gilt es zu fördern und nicht zu verhindern. Es gibt gute Gründe für reine Männer- oder Frauenvereine. Wer würde verlangen, dass die Landfrauen zu Landmensen werden, Knabenchöre zu Kinderchören oder Männergesprächskreise zu Bürgergesprächskreisen. Zudem wäre anzunehmen, dass betroffene Vereine ihre Satzung so anpassen würden, dass das geschlechtsspezifische Merkmal erhalten bleiben würde (Schnurrbartverein – für alle Menschen mit Schnurrbart).

**EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:**

- ANNAHME  
 ABLEHNUNG  
 IN GEÄNDERTER FASSUNG  
 ERLEDIGT

**Einführung einer leistungsgerechten, verbindlichen Grundschulempfehlung**

Der CDU Kreisverband Heilbronn beantragt die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung. Diese muss an landesweit einheitliche und objektiv vergleichbare Leistungskriterien gebunden sein. Die Möglichkeit eines Aufnahmetests, analog zur Regelung in Bayern, soll die verbindliche Grundschulempfehlung ergänzen.

**Begründung:**

In Baden-Württemberg sind sowohl die Übergangsquoten als auch die Grundschulempfehlungen höchst unterschiedlich verteilt. Gerade im ländlichen Raum werden weniger Gymnasialempfehlungen ausgesprochen und viele Kinder mit Gymnasialempfehlung werden an Realschulen eingeschult. In Städten ist das Gegenteil der Fall. Bis zu doppelt (Baden-Baden, Karlsruhe, Heidelberg, Stuttgart) so hoch ist dort die Übergangsquote aufs Gymnasium im Vergleich zu ländlichen Regionen (Main-Tauber, Hohenlohe). Auch die Kreise Heilbronn Stadt und Land liegen unter dem Landesdurchschnitt. Der Regierungsbezirk Heilbronn-Franken hat dabei den niedrigsten Wert aller Regierungsbezirke.

Eine verbindliche Grundschulempfehlung soll ähnliche Übergangsquoten in allen Land- und Stadtkreisen von Baden-Württemberg ermöglichen. Dabei zählt nur die objektive Leistung (ähnlich den Standards der Pisa-Studien) und nicht die Herkunft.

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

- ANNAHME
- ABLEHNUNG
- IN GEÄNDERTER FASSUNG
- ERLEDIGT